

dbb regional magazin

Oktober 2016 • 23. Jahrgang

10

Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

Jahresbericht zur deutschen Einheit:

**Fremdenhass schadet
Standort Ostdeutschland**

Jahresbericht zur deutschen Einheit:

Fremdenhass schadet Standort Ostdeutschland

Das Fazit der Bundesregierung ist ernüchternd: Auch 26 Jahre nach der deutschen Einheit hinkt der Osten wirtschaftlich hinterher. Rechtsextremismus und Fremdenhass erleben dort einen beängstigenden Aufschwung. Der, so die Ostbeauftragte Iris Gleicke bei der Vorstellung des Jahresberichts zum Stand der deutschen Einheit am 21. September 2016 in Berlin, schade dem Standort Ostdeutschland und gefährde den gesellschaftlichen Frieden.

Die starken Worte der SPD-Politikerin aus Thüringen riefen umgehend ostdeutsche Ministerpräsidenten auf den Plan. Reiner Haseloff (CDU, Sachsen-Anhalt) sprach von einem Klima der Weltoffenheit, das sich

auch im Osten entwickelt habe. Fremdenhass und Rechtsextremismus seien nicht allein ein Problem der neuen Länder. „Mit Vereinfachungen und Verallgemeinerungen gewinnt man die Menschen im Osten

nicht, sondern fördert aktiv den rechten Rand“, sagte Haseloff. Seine Amtskollegen aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Dietmar Woidke und Erwin Sellering (beide SPD), meldeten sich

gleichfalls mit Kritik zu Wort. Eine einseitige Fokussierung auf die Zunahme rechtsextremer Übergriffe in Ostdeutschland werde der Situation nicht gerecht, es gebe in ganz Deutschland rechtsextreme Einstellungen, Straftaten und Wahlerfolge von Parteien, die weit rechts außen stünden.

Auch in Kommentaren namhafter Medien wurde vor einseitiger Verdammung des Ostens gewarnt. Es gebe einen Trend, Ostdeutsche in der Öffentlichkeit zu verspotten, mit Häme zu überschütten und zu verachten, konstatierte beispielsweise Sabine Rennefanz in der „Berliner Zeitung“ (Ausgabe vom 26. September 2016).

Kein pauschales „Ost-Bashing“

„Viele Menschen im Osten haben Erfahrungen hinter sich, die man niemandem wünscht, die sie bis heute nie verstanden, nie verarbeitet haben. Millionen von Menschen wurden auf einen Schlag arbeitslos, Industrieanlagen wurden abgebaut, Biografien entwertet“, ruft die Autorin in Erinnerung. Bis heute seien die „goldenen Jobs“ im Osten in Politik und Wirtschaft, Justiz und Medien überwiegend von Westdeutschen besetzt. Solange das pauschale Ost-Bashing nicht aufhört, könne Deutschland kein modernes, offenes Land werden.





© Thomas Reimer / Fotolia

Nichtsdestotrotz: Der Faktencheck scheint Iris Gleicke Recht zu geben. Die Wirtschaftsleistung des Ostens liegt immer noch um mehr als ein Viertel unter dem Niveau der alten Länder, auch wenn das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von 1991 bis 2015 von 42,8 auf 72,5 Prozent des Westlevels gestiegen ist. Es deutet nichts darauf hin, dass sich diese Lücke mittel- oder langfristig schließen könnte. Anhaltende massive Abwanderung und der Bevölkerungsrückgang führten dazu, dass Ostdeutschland bei der Entwicklung seiner realen Wirtschaftskraft weiter an Boden verliert.

Allerdings ist Schwarzmalerei wohl auch nicht angebracht. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich gut. Die Löhne seien gestiegen, ebenso die Tarifbindung. Der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde seit Anfang 2015 sei ein Erfolg und habe - allen Unkenrufen zum Trotz - die Ost-Wirtschaft nicht überfordert, räumte auch die Ostbeauftragte ein.

■ „Gesicht zeigen“ wichtiger denn je

Besonders besorgniserregend ist aber der Aspekt der Fremdenfeindlichkeit: „Neben unzähligen Angriffen auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte sind gewalttätige Ausschreitungen wie in Heidenau und Freital zu Symbolen eines sich verfestigenden Fremdenhasses geworden“, heißt es dazu in dem Jahresbericht 2016; Bautzen ließ sich hinzufügen. Die Proteste gegen die Aufnahme von Flüchtlingen hätten deutlich gemacht, dass die Grenzen zwischen bürgerlichen Protesten und rechtsextremistischen Agitationsformen zunehmend verschwimmen.

Auch die Zahlen aus dem Verfassungsschutzbericht 2015 dokumentieren in Ostdeutschland im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine besondere Häufung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Übergriffe: Bezogen auf eine Million Einwohner waren dies in Mecklenburg-Vorpommern 58,7, in Brandenburg 51,9, in Sachsen

49,6, in Sachsen-Anhalt 42,6, in Berlin 37,9 und in Thüringen 33,9. Der Durchschnitt der westdeutschen Länder lag bei 10,5.

■ Bedrohung Extremismus

Der Rechtsextremismus stelle „in all seinen Spielarten eine sehr ernste Bedrohung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder dar“, sagte Iris Gleicke. Im Ausland werde sie – auch von potenziellen Investoren – auf diese Entwicklung hin angesprochen. Ein nicht weltöffener Standort erleide ökonomische Nachteile. Im Tourismus – etwa in Sachsen – gebe es teils schon deutliche Rückgänge.

Zwar sei die große Mehrheit der Ostdeutschen nicht fremdenfeindlich oder rechtsextrem: „Aber ich würde mir schon wünschen, dass diese Mehrheit noch lauter und deutlicher Stellung bezieht“, machte die Ostbeauftragte deutlich und bezog ausdrücklich Unternehmen, Verbände, Gewerkschaften und

Vereine in diesen Appell ein. Schließlich sei – auch mit Blick auf die anhaltende Abwanderung und den Fachkräftemangel – die Integration von Flüchtlingen mittel- und langfristig eine Chance für den Osten. Integration brauche Zeit, Geld – und sie müsse vor Ort gelebt werden.

Unstrittig ist sicher: Ostdeutschland wird nur als welt-offene Region, in der sich alle dort lebenden Menschen zu Hause fühlen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben, gute Entwicklungsperspektiven haben. Demokratie- und menschenfeindliche Äußerungen zurückzuweisen, erfordert Zivilcourage und Entschlossenheit, egal ob am Arbeitsplatz oder in der Freizeit. Gesicht zeigen ist wichtiger denn je.

cok

3

dbb

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB – Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Cornelia Krüger (leitende Redakteurin)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Dr. Karola Gagelmann
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © mhp / Fotolia
© ArTo / Fotolia

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 19, gültig ab 1.10.2015

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Koalitionsverhandlungen in M-V:

Das Personal motivieren

Der dbb mecklenburg-vorpommern erwartet motivierende Bestandteile für das Personal des öffentlichen Dienstes im neuen Koalitionsvertrag. „Hierzu haben wir den zukünftigen Koalitionären entsprechende Eckpunkte übermittelt“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

In einem Schreiben an die Landesvorsitzenden sowie die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU hat der dbb m-v seine

diesbezüglichen Forderungen und Vorschläge formuliert. „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Land und



> Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht (rechts) erläuterte in seinem Vortrag unter anderem die Änderungen der Landespersonalvertretungsgesetze in anderen Bundesländern seit 2011 sowie die Vorschläge des dbb zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes.

Kommunen identifizieren sich mit ihrer Arbeit für Bürgerinnen und Bürger oftmals an der Belastungsgrenze in höchstem Maße, daher ist es an der Zeit, mit dem Koalitionsvertrag positive Impulse für die Beschäftigten zu setzen“, unterstrich Knecht. Dazu gehöre insbesondere, dass künftig Schluss sein müsse mit haushaltstechnischen Experimenten bei Besoldung und Versorgung.

Mit dem Thema Stärkung der Mitbestimmung der Personalrechte beschäftigte sich die Dienstrechtskommission auf ihrer Sitzung am 6. September, zu der auch Personalvertreter aus den Mitgliedsorganisationen des dbb m-v geladen waren. Man war sich darüber einig, dass eine mögliche Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes, das in der heutigen Form bereits seit 1993 nahezu unverändert gültig ist, von den Gewerkschaften nur akzeptiert werden kann, wenn sie zu einer Erweiterung der Mitbestimmungsrechte und nicht zu deren Einschränkung führt.

Der dbb m-v fordert:

- > Überprüfung des Landespersonalkonzepts im Hinblick auf inzwischen erfolgte neue Rahmenbedingungen mittels einer Aufgabenkritik.

- > Überarbeitung der Beteiligungsvereinbarungen mit der Landesregierung im Sinne einer frühzeitigen Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und Ausweitung auf Landtagsinitiativen.
- > 1:1-Übertragung künftiger Tarifabschlüsse mit der TdL auf die Beamtenschaft und die Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen.
- > Deutliche Intensivierung der Demografiestrategie der Landesregierung unter Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, da ein weiterer Personalabbau, Strukturveränderungen, ein stets steigender Altersdurchschnitt, erhöhte Krankenstände, Veränderung von Arbeitsprozessen, Fachkräftemangel und absehbar weitere Arbeitsverdichtung zu erwarten sind. Demzufolge sind auch Bemühungen zum Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements notwendig.
- > Bildung einer paritätisch besetzten Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die Mitbestimmung der Personalräte als „Grundrechtshelfer“ zu stärken im Falle einer geplanten Novellierung des Personalvertretungsgesetzes.
- > Stärkung der Daseinsvorsorge insbesondere im ländlichen Raum und in Bezug auf die innere und soziale Sicherheit.

DSTG:

Tag der Steuergerechtigkeit

Am 28. September rief die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) bundesweit zum zweiten Mal zum Tag der Steuergerechtigkeit auf.

Der DSTG-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern machte in der Schlossstraße in der Schweriner Altstadt mit Unterstützung eines Feuerkünstlers auf die „Geldver-

brennung“ durch fehlende Steuergerechtigkeit und ungenügende Personalausstattung der Finanzämter aufmerksam und kam so mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch.

Zum Austausch von Ansichten, Meinungen und Konzepten waren auch verschiedene Landespolitiker der großen Parteien eingeladen.

Ziel der Aktion war es klarzumachen, dass Steuergerechtigkeit ein hohes Gut ist. Dazu gehört, dass jeder nach seiner finanziellen Leistungskraft zum

Gemeinwesen beitragen soll, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Schulen, Kindergärten, Gesundheit, Straßen, Kultur – all das will finanziert sein. „Wir im Finanzamt mühen uns nach Kräften, dass wir unsere Aufgabe, Steuern nach Recht und Gesetz gleichmäßig zu erheben, erfüllen. Die Praxis sieht leider an-

ders aus“, so DSTG-Landesvorsitzender Frank Höhne.

Die DSTG kritisiert die personelle Unterbesetzung der Finanzämter – im Schnitt fehlten 20 Prozent des notwendigen Personals –, sodass diese ihrem Auftrag nur noch unzureichend nachkommen können. Milliardenschwerer Steuerhinterziehung müsse man jedes Jahr hinterherschauen. Allein durch die Manipulation von Registrierkassen gingen laut dem Bundesrechnungshof jedes Jahr rund zehn Milliarden Euro Steuereinnahmen durch die Lappen.

Manche Betriebe werden nur alle 50 Jahre oder noch seltener



geprüft. Großkonzerne verschieben Milliarden über die Grenzen und zahlen nur Ministeuern in Steueroasen. „Wir schauen dem Treiben hilflos zu, weil die Politik die Finanzämter personell nicht richtig ausstattet. Und die Zukunft wird noch düsterer, wenn erfahrenes Personal bald scharenweise in Rente geht. Wir wollen nicht, dass der Karren an die Wand fährt. Wir wollen nicht, dass der Ehrliche der Dumme ist und für andere mitbezahlt. Wir wollen nicht, dass sich manche auf Kosten aller in die Büsche schlagen“, heißt es in einem Themenpapier, das die DSTG anlässlich des Tags der Steuergerechtigkeit herausgegeben hat.

© dbb m-v

> Neue Sonderurlaubsverordnung in Kraft

Die Sonderurlaubsverordnung (SUrlV) des Bundes wurde zum 1. Juni 2016 geändert. Da das Land Mecklenburg-Vorpommern hier keine eigenen Regelungen getroffen hat, gilt diese auch für die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen. Mit der Novellierung der SUrlV ist eine Neuaufteilung der Sonderurlaubsstatbestände vorgenommen worden, mit der eine deutlich verbesserte Übersichtlichkeit und eine erleichterte Handhabung verbunden ist. Der dbb hatte während des Beteiligungsverfahrens die Möglichkeit genutzt, die in den ersten Entwürfen der Verordnung geplanten Verschlechterungen für die Beschäftigten weitgehend zu verhindern.

Das gilt insbesondere für den neu formulierten § 15 „Sonderurlaub für gewerkschaftliche Zwecke“. Er lautet nun:

Sonderurlaub von jeweils bis zu fünf Arbeitstagen im Kalenderjahr unter Fortzahlung der Besoldung ist zu gewähren für die Teilnahme

- an Sitzungen eines überörtlichen Gewerkschafts- oder Berufsverbandsvorstandes, dem die Beamtin oder der Beamte angehört, oder*
- an Tagungen von Gewerkschaften oder Berufsverbänden auf internationaler Ebene, auf Bundes- oder Landesebene oder, sofern es keine Landesebene gibt, auf Bezirksebene, wenn die Beamtin oder der Beamte als Mitglied eines Gewerkschafts- oder Berufsverbandsvorstandes oder als Delegierte oder Delegierter teilnimmt.*

Geregelt ist damit, dass Sonderurlaub von jeweils bis zu fünf Arbeitstagen für die erste oder zweite Tatbestandsvariante zu gewähren ist. Das heißt, dass in einem Großteil der Fälle weiterhin insgesamt bis zu zehn Tagen gewährt werden können, allerdings aufgeteilt nach den beiden Fallgruppen.

Zu unterstreichen ist, dass es sich hier um eine Muss-Bestimmung handelt („ist zu gewähren“) und nicht wie in der ursprünglichen Entwurfsfassung formuliert um eine Kann-Bestimmung. Das bedeutet, dass die Dienststelle bei Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen verpflichtet ist, den beantragten Sonderurlaub auch zu gewähren. In einem ersten Verordnungsentwurf war geplant, den Dienststellen einen größeren Ermessensspielraum zuzugestehen.

BTB M-V:

Landesvorstand tagte

Am 12. Juli traf sich der Landesvorstand des BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft zur außerordentlichen Landesvorstandssitzung im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGuS M-V) in der Hansestadt Rostock.

Den Schwerpunkt der Tagesordnung bildete die Vorbereitung der Mitgliederversammlung (3. BTB M-V Gewerkschaftstag) am 15. Oktober in Neubrandenburg.

Dr. Bernd Kuntze, Abteilungsleiter der Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit des LAGuS M-V, sprach als Gastredner zu den Mitgliedern des Landesvorstandes. Hintergrund der Einladung war die bereits im Herbst des vergangenen Jahres beabsichtigte Umstrukturierung der Abteilung durch die Einführung einer neuen Struktur mit zwei Regionalbereichen Nord (Hansestadt Rostock und Hanse-

stadt Stralsund) und Süd (Schwerin und Neubrandenburg), der Aufteilung der Regionalbereiche in zwei Fachbereiche und der Verstärkung des Grundsatzdezernats.

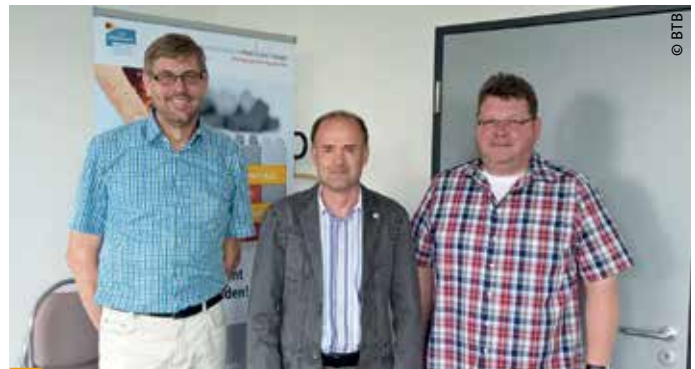
Weitere Schwerpunkte sind die Zentralisierung von Aufgaben und die Neuorganisation des Vollzugs in den zwei Regionalbereichen. Zu den Regionalbereichen in der vorgenannten Zuordnung Nord und Süd hatte sich der BTB M-V bereits zum Jahreswechsel kritisch geäußert. Unter Betrachtung der Flächenanteile und der damit im Zusammenhang stehenden Entfernungen würden zwei ungleiche Regionalbereiche ent-

stehen. Dennoch, erklärte Kuntze, möchte man an dieser Variante festhalten, da es unter anderem im Bereich der Universitäten (Rostock und Greifswald) viele Gemeinsamkeiten in der Aufsicht gibt.

Eine Evaluation nach zwei Jahren soll überprüfen, ob sich diese Variante bewährt. Als positiv wertet der BTB M-V die Tatsache, dass die 84 Stellen (20 LG 2-2.EA, 58 LG 2-1.EA, 6 LG 1-2.EA) der Abteilung innerhalb des LA-GuS M-V nicht angetastet werden. Den Zeitplan betreffend

erläuterte Kuntze, dass bis zum 31. August 2016 die Lösungsvorschläge geprüft und die Variantenvergleiche abgeschlossen sein werden, um dann den Mitarbeitern an allen vier Standorten die neue Struktur vorzustellen.

Zur Frage, ob in 2017 wieder Anwärter eingestellt werden, erläuterte Kuntze mit Hinweis auf den Haushalt 2016/2017, dass dies nach dem derzeitigen Stand nicht beabsichtigt sei. Aufgrund der entsprechend langen Vorlaufzeiten hätten die



> Dr. Bernd Kuntze (Abteilungsleiter der Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit im LAGuS M-V), Udo Dannhauer (Landesvorsitzender BTB M-V) und Heinz-Dieter Sörries (Fachgruppenleiter Gewerbeaufsicht) (von links).

Ausschreibungen schon veröffentlicht sein müssen. Bezogen auf das Jahr 2018 sollen wieder Anwärter ausgebildet werden,

um die anstehenden Altersabgänge zu kompensieren. Der BTB M-V wird an diesen Themen weiter dranbleiben. ■

vbba jugend:

Neuen Jahrgang begrüßt

Am 13. September nutzte die vbba jugend im Rahmen eines Workshops die Möglichkeit, die neuen Studierenden an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit (HdBA) in Schwerin zu begrüßen.

Das junge Team informierte die Studierenden über die Leistungen der vbba jugend wie zum Beispiel Zuschüsse zur Fachliteratur, Rechtsberatung, Rat, Auskunft und Verfahrensrechtsschutz, Freizeitunfallver-

sicherung, Jugendworkshops, Studienreisen, exklusive Sonderkonditionen in den Bereichen Versichern und Finanzen über das dbb vorsorgewerk sowie attraktive Preisvorteile bei Einkäufen in der dbb vor-



> Mario De Guida aus Braunschweig, Sabrina Naeve aus Rendsburg, Kyra Kasulke aus Hannover, Liv Grolik (dbb jugend bund) und Jan-Peter Kaiser aus Flensburg (von links) blicken auf einen sehr gelungenen Workshop zurück und möchten in diesem Rahmen noch einmal alle Studierenden an der HdBA Schwerin begrüßen.

teilswelt. Neben vielen interessanten Gesprächen rund um den neuen Lebensabschnitt war das Interesse an der Fachgewerkschaft sehr groß. In diesem Jahr durfte die vbba jugend auf eine besondere Unterstützung

zurückgreifen: Liv Grolik, stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend bund, hatte das Team vor Ort verstärkt und gab den Studierenden Einblicke in die Arbeit des dbb als Dachverband der vbba. ■

> Mehr Geld für Juristen

„Mit dem 1. September wird die Unterhaltsbeihilfe für die Referendare um knapp 20 Prozent angehoben. Das ist ein äußerst wichtiger Punkt im Maßnahmenkatalog, den das Justizministerium zusammen mit dem Oberlandesgericht erarbeitet hat, damit sich künftig mehr junge Juristen dazu entscheiden, sich hier in Mecklenburg-Vorpommern auf ihr Zweites Juristisches Staatsexamen vorzubereiten“, sagte Justizministerin Uta-Maria Kuder. Die Unterhaltsbeihilfe wird von jetzt 950 auf 1 125 Euro im Monat angehoben. Der Freibetrag für Nebeneinkünfte der Referendare wird ebenfalls erhöht. Darauf haben sich Justizministerium und Finanzministerium im August geeinigt. Kuder sieht darin einen gewaltigen Sprung im Wettbewerb der Länder: „Mit dem höheren Grundbetrag ist Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr auf einem der letzten Plätze im Bundesvergleich.“ Darüber hinaus sei die Qualität des Referendariats verbessert worden.

Wer sich für ein juristisches Referendariat in Mecklenburg-Vorpommern interessiert, kann sich auf der Internetseite des Justizministeriums informieren. Zu klicken sind ein kurzer Film, eine Broschüre und die Informationen des Landesjustizprüfungsamtes.

(Quelle: Justizministerium M-V)

> Komaner aus NRW zu Gast in M-V



Vom 9. bis 12. September 2016 besuchte die komba KV Herford die Hansestadt Wismar. Ein Höhepunkt der diesjährigen Tour war der Ausflug in die Landeshauptstadt Schwerin mit ihrem eindrucksvollen Schloss. Die kurzweilige Schlossführung und der interessante Blick hinter die Kulissen des Landesparlaments wurden vom dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht begleitet. Zu Lande und zu Wasser erkundeten die komba Vertreter aus der Hansestadt Herford die geschichtsträchtigen Städte. Diese beeindruckten sehr mit ihrer historischen Architektur und vor allem durch ihre weltoffene Art.



Tag der Sachsen 2016: Traditionsfußballspiel

> Fußballmannschaften FC Landtag und FC Beamtenbund

Im Programmheft des Tages der Sachsen in Limbach-Oberfrohna fehlte ein entscheidender Punkt. Ganz im Gegenteil zur dort angekündigten Eröffnung des größten Volksfestes des Freistaates Sachsen, fand der eigentliche Start bereits um 15 Uhr im Stadion des T.u.S. Pleiße statt.

derem ein Weltmeistertrikot von Thomas Müller mit Unterschriften der Nationalmannschaft gehörte, sowie auch zwei Trikots des SBB mit Autogrammen sächsischer Regierungs- und Landtagsmitglieder.



> Ein ganz besonderer Moment im Zelt des SBB: Die von Thomas Mögel, BTB, zur Verfügung gestellten Fußballfanartikel wurden beim Fußballspiel FC Beamtenbund gegen FC Landtag versteigert. Über 1 100 Euro konnten auch dank der BBBank der Behindertenhilfe Limbach-Oberfrohna e.V. übergeben werden.

Mit dem Ehrenstoß durch den Präsidenten des Sächsischen Landtages und Vorsitzenden des Kuratoriums Tag der Sachsen, Matthias Rößler, und der amtierenden Vorsitzenden des SBB, Nannette Seidler, zum Traditionsspiel des FC Landtag gegen den FC Beamtenbund startete der Tag der Sachsen.

Um es vorwegzunehmen: So ausgeglichen waren die beiden Teams lange nicht besetzt!

Vielleicht hat es auch daran gelegen, dass erstmalig ein Spiel zwischen den beiden Mannschaften von einer Schiedsrichterin geleitet wurde? Alle haben bei hochsommerlichen Temperaturen ihr Bestes gegeben.

Die anfangs etwas ungeordnet wirkenden Gewerkschafter gerieten schnell in Rückstand, den sie jedoch, nachdem sich die Abstimmung in der Mannschaft deutlich verbessert hat-

te, in eine 3:1-Halbzeitführung umwandeln konnten.

Auch wenn der FC Beamtenbund nach 70 Minuten mit einem 3:2 als Sieger vom Platz gehen konnte – am Ende gab es nur Gewinner.

Entscheidend dazu beigetragen hat die inzwischen auch schon traditionelle Versteigerung von Fußballfanartikeln aus der Schatzkiste von Thomas Mögel (BTB Sachsen), wozu unter an-

Tolle 1 170 Euro kamen zusammen! Empfänger dieser Summe war die Behindertenhilfe Limbach-Oberfrohna e.V., deren stellvertretender Vorsitzender Dr. Uwe Landmann im Festzelt des SBB den Scheck in Empfang nehmen konnte. ■

> Workshop

„Ein modernes Gleichstellungsgesetz in Sachsen“

Petra Köpping (Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration) lud am 8. September 2016 zu dem Workshop ein. Die SBB Frauenvertretung nutzte die Gelegenheit und beteiligte sich aktiv an der Ideensammlung sowie den Diskussionen. Das Ministerium hat alle Anregungen gesammelt und wird nun einen Gesetzentwurf erstellen.

Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.sbb.de/ueber-uns/frauen/>.

Viele Begegnungen im Zelt des SBB

Was macht den Tag der Sachsen zum größten Volksfest Sachsens? In erster Linie wohl die vielen Besucher. Diese kamen auch 2016 wieder mit ganz verschiedenen Vorstellungen nach Limbach-Oberfrohna: Die einen wegen Riesenrad und Zuckerwatte, andere wegen Musik, Kultur und Informationen.

Wie passt aber der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen auf dieses Volksfest? Für uns gibt es da nur eine Antwort: Genau hier sind wir richtig, bei den Menschen.

Die Menschen wollen auch in Sachsen einen starken Staat, einen starken öffentlichen Dienst. Der SBB und seine Verbände und Gewerkschaften wissen, dass eine gut funktionierende und modern aufgestellte Verwaltung mit gut ausgebildeten und motivierten Beschäftigten enorm wichtig für Sachsen und seine Bürger ist. Und wir wissen, wie Staat funktioniert, was unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich leisten. Genauso wissen wir aber auch, wo es hakt, was es

zu verändern gilt. – Und genau dazu wollten wir in Limbach-Oberfrohna mit den Sachsen ins Gespräch kommen; auch mit den Sachsen, die in Politik und Verwaltung Verantwortung tragen.

Respekt, was sich die SBB Frauen-, Jugend- und Seniorenvertretung sowie die Gewerkschaften des SBB alles haben einfallen lassen! So vielseitig unser öffentlicher Dienst ist, so verschieden waren auch die Präsentationen. Von allgemeinen Informationen über Quiz bis zum Messen, Wiegen, Sägen und Basteln war vieles möglich. Geschätzt wurde dieses Engagement von Heerscharen interessierter Besucher, die sich erkundigten und viel Spannendes und Neues erfuhren.

Auch Auskünfte über Praktika, Einstellungs- und Ausbildungsmöglichkeiten waren stark nachgefragt.

Wichtig für die Gewerkschafter waren natürlich auch die hochkarätigen politischen Begegnungen. So konnten wir uns in zahlreichen Gesprächsrunden unter anderem mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Martin Dulig, mit Finanzminister Prof. Dr. Georg Unland, mit Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange vom SMWK, mit Staatsministerin Brunhild Kurth vom SMK, mit Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Barbara Klepsch, und Landtagspräsident Dr. Matthias Röbeler zu

aktuellen Themen austauschen. Auch zahlreiche Mitglieder des Sächsischen Landtages konnten wir begrüßen.

Ins Gespräch kamen wir auch mit hochrangigen Vertretern der Verwaltung, darunter der Präsident der Landesdirektion Sachsen, Dietrich Gökelman, sowie der Präsident des Landesamtes für Steuern und Finanzen, Johann Gierl.

Alles in allem war der Tag der Sachsen 2016 wieder eine tolle Sache und ein voller Erfolg für den SBB, seine Gewerkschaften, die Partnereinrichtungen und unsere Gäste.

Informationen und Bilder unter www.sbb.de



© SBB (6)

> Unser Team im Festzelt des SBB



> Viel Zeit für unsere Gewerkschaften nahm sich der stellvertretende Ministerpräsident Martin Dulig.



> Finanzminister Prof. Dr. Georg Unland (Bildmitte) mit Vertretern des SBB.



> Staatsministerin Brunhild Kurth vom SMK im Gespräch mit unseren Mitgliedsgewerkschaften.



> Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Barbara Klepsch (Bildmitte), und Maik Maschke von der komba sachsen im Gespräch.



> Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange vom SMWK (rechts) am Stand der SBB Frauenvertretung.

Tarifkonflikt:

Bewegung in Naunhof

Seit November 2015 kämpfen die Naunhofer Mitglieder der DVG Sachsen mit Unterstützung des dbb für den Abschluss eines Haustarifvertrages. Ziel ist die Einführung des TVöD. Bisher verweigerte der Stadtrat dem Bürgermeister Volker Zocher, der auf der Seite seiner Mitarbeiter steht, die Genehmigung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen.

Fünf Demos und sechs Warnstreiks, teilweise mit prominenter Unterstützung unter anderem durch Willi Russ, Claus Weselsky und Gerhard Pöschmann, änderten daran nichts. Dem Bürgermeister bleibt die Aufnahme von Tarifverhandlungen verwehrt. Auch die Stadtratssitzung am 22. September 2016



> Prominente Unterstützung bei der Streikaktion in Naunhof durch den 2. Vorsitzenden des dbb beamtenbund und tarifunion, Willi Russ.

> Glückwünsche

Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen gratuliert herzlich:

Mathias Winkler, DVG,
zur Berufung zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Chemnitz.

Jens Weichelt SLV, VBE,
zur Wiederwahl zum Landesvorsitzenden des Sächsischen Lehrerverbandes im VBE.

Steffen Ebert, VDStr.,
zur Wahl zum Landesvorsitzenden des Verbandes Deutscher Straßenwärter, Landesverband Sachsen/Thüringen.

endete mit dem gleichen Ergebnis.

Diese starre Haltung des Stadtrats veranlasste den dbb zu einer Urabstimmung Ende August 2016, in welcher sich 95,7 Prozent der beteiligten DVG-Mitglieder für einen unbefristeten Streik aussprachen. Dieser begann am 7. September 2016.

Zweimal wurde dieser Streik unterbrochen, weil es Signale aus dem Naunhofer Stadtrat gibt, die auf den Beginn der von uns geforderten Tarifver-

handlungen hindeuten. Das Verhandlungsverbot für Bürgermeister Zoicher wurde zwar nicht aufgehoben. Der Stadtrat entschloss sich jedoch, seinerseits eine Verhandlungskommission einzusetzen, die aus einem Rechtsanwalt und drei Stadträten besteht. Ungewöhnlich, denn Vertreter der Stadt ist eigentlich kommunalrechtlich der Bürgermeister. Dieser will sich nun aber einer beginnenden Entspannung nicht in den Weg stellen und trägt diesen Ansatz mit. „Wir haben endlich die verbindliche Zusage

für Tarifverhandlungen erhalten. Daher werden wir die Streiks wie versprochen zunächst aussetzen“, sagte Willi Russ am 23. September 2016.

Die Naunhofer DVG-Mitglieder sind motiviert, für ihre Interessen zu streiken. Lieber ist es ihnen jedoch, ihrer Arbeit zum Wohle der Stadt und deren Bürger nachgehen zu können.

*Jürgen Kretzschmar,
Vorsitzender der DVG Sachsen
und Mitglied der Bundestarifkommission des dbb*

© DVG

komba Bundes- gewerkschaftstag in Berlin

In Berlin fand am 16. und 17. September 2016 der 26. Bundesgewerkschaftstag der komba gewerkschaft statt. Delegierte aus ganz Deutschland nahmen teil. Das Motto lautete: „Kommunen im Wandel“.

Auch die Delegierten der komba sachsen gratulierten der neu gewählten Bundesleitung und freuen sich auf eine gesellschafts- und mitgliederorientierte Zusammenarbeit.

Im Anschluss fand die Arbeitstagung des höchsten Gremiums der komba gewerkschaft statt. Hier hat der Gewerkschaftstag auch die Anträge der komba

sachsen zu den Themen „vollständige Ost-West Angleichung“, „Stärkung und Wahrung des Ehrenamtes auch für Gewerkschaften und Berufsverbände“ sowie „Stärkung der medizinischen Vorsorge insbesondere mit Blick auf die Flüchtlingssituation“ beschlossen.

Ein Gewerkschaftstag ist immer auch eine gute Gelegen-

heit, sich mit „kombanern“ der anderen Bundesländer zu „brennenden“ Themen wie Gewalt gegen Beschäftigte der Verwaltung auszutauschen.

Mögliche Patenschaften mit angrenzenden komba Landesgewerkschaften sowie gemeinsame Veranstaltungen wurden ebenfalls thematisiert. ■

> Tag der offenen Tür

Neuer Rekord

Die Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung in Meißen öffnete am 17. September 2016 ihre Türen für alle potenziellen Bewerber für die Studiengänge Allgemeine Verwaltung, Sozialverwaltung, Sozialversicherung, Steuerverwaltung und Rechtspflege. Der SBB und die sbb jugend waren dabei.

Mit über 900 Besuchern wurde ein neuer Rekord aufgestellt. Im Mittelpunkt standen Themen wie der Unterschied zwischen Angestellten und Beamten, die allgemeinen Ausbildungsziele sowie Fragen zur Krankenversicherung.

Auch im nächsten Jahr ist ein „hochschuleigener“ Tag der offenen Tür an der FH Meißen geplant. Der 16. September 2017 darf notiert werden.

> Nachruf

*Eine Stimme, die uns vertraut war, schweigt.
Ein Mensch, der immer für uns da war, lebt nicht mehr.
Erinnerung ist das, was bleibt.*

DVG Sachsen und SBB trauern um Hans Ritter, der am 18. September 2016 verstorben ist.

Hans Ritter war langjähriges Vorstandsmitglied und Landesgeschäftsführer der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft (DVG) Sachsen.

Wir haben einen engagierten Gewerkschafter und guten Freund verloren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.



© Anja Fuchs

> Die neue komba Bundesleitung.

Aufruf zur Demonstration am 28. Oktober:

Es reicht, Sachsen-Anhalt!

Ob als Lehrer, Finanzbeamter, Sachbearbeiter in der allgemeinen Verwaltung, Polizist oder Feuerwehrbeamter, Sie alle sorgen für den von den Bürgern gewollten „starken Staat“. Landesregierung und Parlament haben Ihnen in den vergangenen Jahren nicht die Wertschätzung entgegengebracht, die Sie verdienen.



dbb S-A

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie waren von Umstrukturierungen in den Dienststellen betroffen und müssen die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen miterledigen, deren Stellen durch Personalabbau nicht wiederbesetzt wurden. Überstunden waren und sind in vielen Dienststellen beim Land und in den Kommunen gang und gäbe. Dazu kamen Einschnitte bei der Bezahlung der Beamtinnen und Beamten als Teil der Haushaltssanierung. Die Streichung des Weihnachtsgeldes, die zeitverzögerte Übertragung der Tarifiergebnisse, die Einführung der Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und Heilfürsorge führten bei den Beamten und Versorgungsempfängern zu spürbaren Einkommensverlusten.

■ Besoldungskürzung

Der Wegfall des Weihnachtsgeldes entsprach immerhin einer Besoldungskürzung von 6,71 Prozent. Demotivierend sind auch fehlende kontinuierliche Beförderungen. Obwohl der Dienstherr zur amtsangemessenen Alimentation seiner Beamten verpflichtet ist, hat das Bundesverfassungsgericht für die Richterinnen und Richter in Sachsen-Anhalt festgestellt, dass deren Besoldung verfassungswidrig war. Für diesen Personenkreis hat der Landesgesetzgeber zum 1. Januar dieses Jahres eine gesetzliche Neuregelung mit Nachzahlungen vorgelegt. Weil das Bundesver-

dbb
beamtenbund
und tarifunion
sachsen-anhalt

AUFRUF

an ALLE im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt

**GEKÜRZT, GESTRICHEN,
VERGESSEN!**

**Großzügig bei Überstunden,
geizig bei Neueinstellungen,
ungerecht bei der Bezahlung!**

Kommt zur

DEMO

am 28. Oktober 2016 in Magdeburg

- 12:00 Uhr: Treffpunkt Parkplatz Petriförder
- Protestmarsch zum Domplatz
- anschließend Kundgebung vor dem Landtag

dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt, Schleifufer 12, 39104 Magdeburg, Tel. (03 91) 5 61 94 50

fassungsgericht bei der Anwendung der gleichen Prüfkriterien wie im Freistaat Sachsen mutmaßlich auch die Verfassungswidrigkeit Ihrer Besoldung festgestellt hätte, sieht die Landesregierung hier Handlungsbedarf. Das Kabinett hat inzwischen einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Der Gesetzentwurf sieht Nachzahlungen an Sie rückwirkend zum 1. April 2011 bis Ende 2014 von etwa 1,45 Prozent des jeweiligen Grundgehalts vor. Die Höhe der Nachzahlungen orientiert sich an der für die Richterinnen und Richter.

Nicht nur, dass Sachsen seinen Beamten für die Vergangenheit zur Herstellung einer verfassungsgemäßen Besoldung mehr bezahlt als Sachsen-Anhalt bereit ist: In Sachsen soll die Besoldung ab dem 1. Juli 2016 insgesamt um 2,61 Prozent erhöht werden. Die Alternative, in Anlehnung an Sachsen die Mindestvorgaben des Bundesverfassungsgerichts mit einem deutlichen Abstand einzuhalten, scheidet für die Landesregierung in Sachsen-Anhalt aus Kostengründen aus. Außerdem müsste man dann auch bei den Richterinnen und Richtern nachbessern.

► Umdenken in der Besoldung

Die Streichung der Kostendämpfungspauschale ab 2017 und die zukünftig zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse auf Beamte und Versorgungsempfänger sind zwei Bonbons, mit denen die Landesregierung Ihnen den Gesetzentwurf schmackhaft machen will. Der Beamtenbund fordert für Sie deutlich höhere Besoldungsnachzahlungen als die von der Landesregierung geplanten Mindestbeträge und für die Zukunft eine dauerhaft verfassungskonforme Besoldung. Ansonsten steht weiter zu befürchten, dass bei jeder Änderung der Prüfparameter, die Einfluss auf

die Besoldung haben können, die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung aufgeworfen wird. Das Risiko eines erneuten Rechtsstreits für die Zukunft wird so nicht minimiert. Rechtsfrieden wird so nicht geschaffen. Auch in Sachsen-Anhalt wird es ein Umdenken in der Besoldungspolitik geben müssen. Das Bundesverfassungsgericht hat sehr deutlich gemacht, dass die Gewährung einer amtsangemessenen Besoldung eine verfassungsrechtliche Pflicht ist, zu deren Einschränkung nur andere verfassungsrechtliche Pflichten führen können.

► Altersdiskriminierung

Neben der verfassungsgemäßen Besoldung hat uns besonders im letzten Jahr die altersdiskriminierende Besoldung beschäftigt. Beim Umgang des Finanzministeriums mit den Widersprüchen zur altersdiskriminierenden Besoldung ist der Eindruck entstanden, dass mit zweierlei Maß gemessen wurde. Dabei meine ich nicht vordergründig die unterschiedliche Höhe der Auszahlungen. Einige von Ihnen haben eine Entschädigung erhalten, die in der Höhe zwischen 50 und 5 550 Euro stark differenzierte. Andere dagegen gingen leer aus, weil sie Fristen versäumt haben. Gründe für die unterschiedliche Höhe der Entschädigungen waren das Datum der Antragstellung und persönliche Eckdaten. Sicherlich hat sich die Verwaltung an Recht und Gesetz gehalten. Was uns ärgerte war die unterschiedliche Behandlung der Beamtinnen und

**ES REICHT!
UNSER PROTEST MUSS AUF DIE STRASSE!**

Bei der Kundgebung auf dem Domplatz sprechen zu Euch:

„Nur eine gerechte Bezahlung motiviert. Deshalb: Klare NEIN zu Sonderregeln!“
Thomas Eigenthaler, Stellv. dbb Bundesvorsitzender, Bundesvorsitzender DStG

„Ohne Personal läuft der Laden nicht und die Sicherheit ist in Gefahr!“
Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DfPOG

„Ohne dauernde Überstunden geht nichts mehr. Wir fordern faire Bezahlung für entkämpfte Arbeit.“
Wolfgang Ladebeck, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt

„Die Neuen Länder dürfen den Anschluss nicht vergessen!“
Karl-Heinz Leverkus, Stellv. Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission

„Millionen Euro für Beraterverträge aber für den öffentlichen Dienst nichts übrig!“
Ulrich Stock, Bundesvorsitzender der DVG

DEMO
am 28. Oktober 2016 in Magdeburg

dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt, Schleierufer 12, 39104 Magdeburg, Tel. (03 91) 5 61 94 50

Beamten in der Frage, ob, wann und wie sie ihrer bisherigen Besoldung widersprochen haben. Dabei hat die vielleicht überforderte Bezügestelle nicht nur die Widersprüche nicht bestätigt, sondern auch einen Sammelwiderspruch einer anderen Gewerkschaft anerkannt, der erst viel später mit konkreten Namen und noch später mit Vollmachten ergänzt worden sein soll. Die juristische Bewertung müssen jetzt die Verwaltungsgerichte liefern. Neben der formaljuristischen hat die Entschädigungsfrage aber auch eine psychologische Dimension:

► Vertrauen erschüttert

Das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten zu ihren Dienstherren ist erschüttert. Unsere

politischen Gespräche, Briefe und Stellungnahmen waren in der Sache erfolglos. Auch deshalb ruft der Beamtenbund unter dem Motto „gekürzt, gestrichen, vergessen!“ ALLE im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt am 28. Oktober 2016 in Magdeburg zu einer Demonstration mit anschließender Kundgebung vor dem Landtag auf. Tragen Sie Ihren Protest auf die Straße und kommen Sie zur DEMO! Es reicht! Der öffentliche Dienst ist mehr wert!

Mit freundlichen, kollegialen Grüßen

Ihr

Wolfgang Ladebeck,
Vorsitzender des
dbb sachsen-anhalt

Vergabepraxis:

Schluss mit der Gutachteritis

Zu den Vorwürfen gegen Sachsen-Anhalts Ministerien, Verträge für Berater und Gutachten unter der Hand vergeben zu haben, äußerte sich auch der Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck.

„Offenbar wird auch in Sachsen-Anhalt viel zu schnell, viel zu häufig und am Parlament vorbei externer Sachverstand über Beraterverträge und Gutachten eingekauft. Warum soll die Landesverwaltung mit ihren qualifizierten Mitarbeitern nicht das leisten können, was externe Berater und Gutachter schaffen?“, fragt Ladebeck. Viele öffentlich Bedienstete seien Betriebswirte, Juristen oder Ingenieure.

„In der Landesverwaltung ist unter Schwarz-Rot durch Perso-

nalabbau viel Fach- und Sachverstand verloren gegangen.

Die Folgen der Sparpolitik sind höhere Kosten und keine Parlamentskontrolle“, so der dbb Landeschef. Ladebeck fordert deshalb ein Ende der Gutachteritis. Die Vergabe von Leistungen für Berater und Gutachten müsse auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.

Nach Informationen von MDR SACHSEN-ANHALT haben Prüfer des Landesrechnungshofes



© Anja Ackermann

Die dbb frauen sachsen-anhalt trafen sich vom 16. bis 17. September 2016 in Freyburg an der Unstrut zu ihrem diesjährigen Seminar zum Thema: „Den Berufsalltag erfolgreich meistern – Die sieben Säulen der persönlichen Macht“.

„Macht“ kommt vom gotischen „magan“ und bedeutet: imstande sein, etwas bewirken. Genau darum ging es in diesem Seminar: um die Fähigkeit, etwas zu bewirken. Die sieben Säulen der wahren Macht kommen größtenteils sehr „soft“ daher – das überrascht beim Thema „Macht“ ein wenig: Standfestigkeit, Leidenschaft, Selbstkontrolle, Liebe, Kommunikation, Weisheit und Ethik. Sie bilden das Fundament einer Persönlichkeit. Regina Gleichmann, Businesscoach, Supervisorin und Mediatorin, ordnete diese Faktoren in ein logisch aufgebautes System. Sie orientierte sich dabei eng an der alltäglichen Führungspraxis in Unternehmen. Die Selbstachtung, die mit den sieben Säulen aufgebaut wird, führt zur persönlichen Autonomie. Mit praktischen Übungen konnten die Teilnehmerinnen ihr eigenes Machtverhalten reflektieren und überprüfen.

stichprobenartig 360 Gutachten, Studien, Beraterverträge aus den Jahren 2010 bis 2013 mit einem Gesamtumfang von 24,9 Millionen Euro unter die Lupe genommen. Die meisten untersuchten Verträge wurden freihändig vergeben. Dabei

geht es um Aufträge im Wert von 14 Millionen Euro. Von den 360 geprüften Verträgen erfolgten 270 ohne Ausschreibung. In 165 Fällen wurde vor der Auftragsvergabe nicht einmal ein Vergleichsangebot eingeholt.

Ost-West-Renten Anpassung: Zeitplan einhalten

Im Hinblick auf die Angleichung der Renten Ost an West hat dbb Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck die Einhaltung des von der Bundesregierung verabredeten Zeitplans gefordert.

„Im Koalitionsvertrag hat die schwarz-rote Bundesregierung vereinbart, dass die Ost-West-Rentenangleichung bis spätestens 2020 abgeschlossen wird. Wenn das Vorhaben jetzt wegen des Streits über die Finanzierung scheitern sollte, ist das nicht vermittelbar.“ Deshalb sei der Druck, den Ministerpräsident Reiner Haseloff auf die Bundesregierung macht, notwendig und ein wichtiges politisches Signal an die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner.

Der dbb Landeschef ist davon überzeugt, dass die deutsche Einheit erst vollendet ist, wenn die Renten in den alten und neuen Bundesländern angeglichen und damit einheitliche Lebensverhältnisse für die Rentnerinnen und Rentner hergestellt sind. Durch die höhere Renten Anpassung Ost in diesem Jahr sei zwar der Rentenwert Ost von 92,6 Prozent auf 94,1 des Wertes der westlichen Bundesländer gestiegen, das bedeute aber auch, dass es noch 5,9 Prozentpunkte auf-

zuholen gelte. Damit die Rentenlücke bis 2020 geschlossen werden kann, müsse es weitere Teilerleichterungen geben.

„Rentengerechtigkeit für die Bestandsrentner darf aber nicht zulasten künftiger Rentner gehen“, so der dbb Landeschef. Eine Höherwertung der im Osten den Renten zugrundeliegenden Löhne mache also nach wie vor Sinn. Eine langsame Abschmelzung der Höherbewertung der Löhne nach 2020 ist eine Option, um Brüche in der Erwerbsbiografie zumindest teilweise auszugleichen. Eine Finanzierung der Renten Anpassung aus der gesetzlichen Rentenversicherung lehnt Ladebeck ab. „Die Renten Anpassung ist kein Ost-Problem sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb aus Steuermitteln finanziert werden“, sagte Ladebeck. Neben der Anpassung

der Renten Ost an West fordert der Beamtenbund die Beseitigung noch immer bestehender Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung für besondere Personengruppen.

Hintergrund: Im Streit um die Finanzierung der geplanten Rentenangleichung in Ost und West hat Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff den Einsatz von Steuermitteln gefordert. „Ehe wir über Steuerersenkungen reden, sollten wir mit den Einnahmen, die wir haben, jetzt die Deutsche Einheit vollenden“, sagte der CDU-Politiker am 3. September 2016 dem Sender MDR Aktuell. Die Angleichung des Rentenniveaus bis zum Jahr 2020 sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die schwarz-rote Bundesregierung streitet seit Wochen über Zeitplan und Finanzierung für die Milliarden teuren Reformpläne.

Oberstufenverordnung:

Abi light?

Der Philologenverband (PhVSA) ist dafür bekannt, dass er für ein qualitativ hochwertiges und bundesweit anerkanntes Abitur in Sachsen-Anhalt steht. Eine Orientierung am Leistungsmittelmaß oder dem unteren Leistungsanspruchsniveau lehnt der Verband der Gymnasiallehrer strikt ab. Deshalb spart der Verband auch nicht mit Kritik an den Plänen von Bildungsminister Marco Tullner für eine grundlegende Neustrukturierung der gymnasialen Oberstufe.



Den Anstoß zur erneuten Diskussion über die Abiturstandards hatte der Fall eines Bernburger Schülers gegeben: Er hatte 2013 in einer mündlichen Abiturprüfung im Fach Religion null Punkte erhalten. Die Schule verweigerte ihm daraufhin den Abschluss. Er legte Widerspruch ein und klagte gegen die Schule – mit Erfolg. Drei Jahre später gaben die Richter ihm Recht. Die Null-

Punkte-Regel sei „unverhältnismäßig und insoweit rechtswidrig und nichtig“, halten die Richter vom Verwaltungsgericht Magdeburg in ihrem Urteil fest. Sachsens-Anhalts Bildungsminister Marco Tullner (CDU), erst wenige Wochen im Amt, kündigte an, auf das Urteil zu reagieren und die Oberstufenverordnung anzupassen. Neben der Berücksichtigung des Urteils des Verwaltungs-

gerichts sieht das Bildungsministerium auch Handlungsbedarf durch die von der Kultusministerkonferenz (KMK) am 16. Juni 2016 neugefasste Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II. Diese Regelungen sollen bundesweit für Schülerinnen und Schüler gelten, die im Jahr 2018 in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe, also in Klasse 10 eintreten und 2021 ihr Abitur ablegen. Ziel ist es, die Regeln für das Abitur in allen Ländern anzugleichen. Der jetzt vorgelegte Entwurf einer neuen Oberstufenverordnung für Sachsen-Anhalt geht weit über das hinaus, was Tullner direkt nach seinem Amtsantritt in Aussicht gestellt hatte.

Neben dem Ende der Null-Punkte-Regelung beinhaltet die neue Oberstufenverordnung die Absenkung der einzubringenden Halbjahresleistungen und Änderungen in der Wahl der schriftlichen Prüfungsfächer. Schülerinnen und Schüler erhalten künftig die Möglichkeit, ihre vier schriftlichen Prüfungsfächer aus Deutsch, Mathematik, einer Fremdsprache, Naturwissenschaft und Geschichte zu wählen. In einem der Fächer können die Abiturienten die schriftliche Prüfung umgehen. In vielen Fällen könnte dies Mathematik betreffen, denn hier sind in den vergangenen Jahren die meisten Abiturienten in Sachsen-Anhalt durchgefallen. Beim PhVSA trifft diese Änderung auf wenig Verständnis. „Das man künftig in Sachsen-Anhalt ein Abitur ohne Prüfung in Deutsch, Mathematik, einer Fremdsprache oder Naturwissenschaft erwerben kann, widerspricht der Aussage des Bildungsministers, dass sich mit der Neuregelung nichts an der Qualität des Abiturs in Sachsen-Anhalt ändern wird“, sagte der stellvertretende PhVSA-Vorsitzende Thomas Gaube. Auch sei das Ende der Null-Punkte-Regelung nicht nachvollziehbar. „Es kann nicht

sein, dass man mit ungenügenden Leistungen versetzt wird und schon gar nicht eine Abiturprüfung besteht und anschließend den höchsten Grad an schulischer Bildung bescheinigt bekommt“, kritisierte Gaube. Ebenso hält der PhVSA die Verpflichtung zur Einbringung von Halbjahresergebnissen in die Abiturnote für nicht zielführend. Bisher waren die Halbjahresleistungen aller Fächer der elften und zwölften Schuljahre einbringungspflichtig. Nun sollen nur noch 36 Halbjahresnoten in die Abiturnote einfließen.

Die Kultusministerkonferenz gibt einen Wert zwischen 32 und 40 vor – in Sachsen-Anhalt sind es bisher 44. Kein Mensch käme auf die Idee, am Schuljahresende bei Entscheidungen zur Versetzung in den nächst höheren Schuljahrgang mal kurz zwei Fächer mit der Note Fünf oder schlechter aus dem Jahreszeugnis zu streichen. „Von der Streichung verbindlicher Prüfungsfächer, der Herausnahme von Fächern oder Teilleistungen der Fächer aus der verbindlichen Einbringungsverpflichtung und der Legitimierung mangelhafter Prüfungsergebnisse geht kein positives pädagogisches Signal aus. Dies ist perspektivisch für den Bildungsstandort Deutschland nicht nur kontraproduktiv, sondern zugleich eine Kampfansage gegenüber einer leistungsorientierten Bildungsgesellschaft“, sagte Gaube. Er ist der Meinung, dass Chancengleichheit, Einheitlichkeit, Vergleichbarkeit und vor allem Niveausicherung durch Anpassung der länderspezifischen Oberstufenverordnungen nach oben, statt nach unten, notwendig ist. Streichleistungen hätten im Kontext der Studierfähigkeit in einer Oberstufenverordnung keine Legitimation.

Hier zeigt der Philologenverband die rote Karte nicht in Richtung Bildungsministerium von Sachsen-Anhalt, sondern in Richtung KMK. ■

Gleichstellung:

Teilzeitbeschäftigung drückt die Rente

Am 18. Juli 2016 traf sich der Vorstand der tbb Frauen mit der Thüringer Beauftragten für die Gleichstellung von Frau und Mann, Katrin Christ-Eisenwinder.

Auf der Agenda stand die Zusammenarbeit mit dem Landesfrauenrat. Hierfür kandidierte von den tbb Frauen Ines Schatz (komba), sie wurde am 3. September in den Vorstand des Landesfrauenrates gewählt. Dafür auch nochmal seitens der tbb Frauen herzliche Glückwünsche. Sie wird unsere Interessen sicher gut vertreten.

Des Weiteren sprachen wir mit der Gleichstellungsbeauftragten über die Benachteiligungen von Eltern bei der Berücksichti-

gung von Kindererziehungszeiten in der Rente und vor allem in der Pension. Trotz aller modernen Entwicklungen in den Familienstrukturen nehmen doch zumeist die Frauen den größeren Teil der Elternzeit in Anspruch. Zudem kehren sie danach in der Regel erst einmal im Rahmen einer Teilzeitbeschäftigung in den Dienst zurück. Dies hat natürlich Auswirkung auf die späteren Ansprüche auf Rente und Pension, sodass die betroffenen Frauen Einbußen in Kauf nehmen müssen.



> Ines Schatz und Katrin Christ-Eisenwinder

Auch die wachsende Praxis, Personal erst einmal nur über befristete Arbeitsverträge einzustellen, wurde kritisch diskutiert. Besonders in den betreuenden Berufen, in denen der Frauenanteil meist sehr hoch ist, nimmt dies mittlerweile überhand. Fadenscheinige Begründungen, dass man so kurzfristige Arbeitsspitzen auffangen würde, werden ad absurdum geführt, wenn im Anschluss gleich die nächste Person nur befristet eingestellt wird.

Christ-Eisenwinder kündigte an, dass Thüringen im Jahr 2017 das gastgebende Land für die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz sein wird. Damit besteht die Chance, die inhaltliche Ausrichtung mitzugestalten und Anträge zur Frauen- und Gleichstellungspolitik einzubringen. Die tbb Frauen werden hier am Ball bleiben und die Themen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in die Diskussion einspeisen.

Doreen Trautmann

Thüringer Philologenverband:

Leistungsgedanken beibehalten

Auf der 10. Vertreterversammlung des Thüringer Philologenverbandes (TPhV) in Erfurt am 9. und 10. September 2016 wählten die Thüringer Philologen turnusgemäß den neuen Landesvorstand und steckten die Ziele und Leitlinien der Verbandsarbeit für die nächsten vier Jahre ab.

Die moderne Leistungsgesellschaft braucht Leistungsträger in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Diesen umfassenden Bildungsauftrag kann das Gymnasium nur durch eine frühzeitige Leistungsdifferenzierung erfüllen. Die Thüringer Philologen treten deshalb entschieden allen Bestrebungen entgegen, das Gymnasium als erfolgreichste Schulart schleichend zugunsten der Gemeinschaftsschulen zurückzudrängen und letztlich abzuschaffen.

Bestmögliche Bildung und Erziehung von künftigen Leistungsträgern ist nur in einem grundständigen und nach dem Prinzip des kontinuierlichen Lernens strukturierten Gymnasiums ab Klasse 5 möglich. Die individuelle Förderung an Gymnasien erfolgt dabei durch differenzierte Fach- und Lernangebote unter Beibehaltung des Leistungsgedankens.

Sorge bereiten den Thüringer Philologen die massiven Kür-

zungen des verbindlichen Fachunterrichts, sowohl aufgrund Lehrermangels als auch durch die Ausweisung flexibler Stunden in der Wochenstundentafel. TPhV-Vorsitzende Heike Schimke: „Nur mit soliden Fachkenntnissen können unsere Schülerinnen und Schüler die Fähigkeit zur Vernetzung von verschiedenen Aufgabengebieten entwickeln. Deshalb fordern wir, die Thüringer Studententafel kritisch zu diskutieren und Veränderun-

gen zugunsten des Fachprinzips vorzunehmen.“

Lehrer verbeamten

Es wird immer schwerer, geeignete Lehrerinnen und Lehrer für den Schuldienst an Thüringer Gymnasien zu finden. Daher fordern die Thüringer Philologen die unverzügliche Wiedereinführung der Verbeamtung und die Honorierung besonderer Leistungen durch die Möglichkeit der Beförderung beziehungsweise Höhergruppierung.

Mit Blick auf die zunehmende Überalterung der Lehrkräfte an den Thüringer Gymnasien for-

dert der Thüringer Philologenverband eine verantwortungsvolle Einstellungspolitik des Landes sowie eine fach- und sachgerechte Ausstattung der Schulen, um auch für die Zukunft die fachliche und pädagogische Qualität des Thüringer Gymnasiums zu sichern.

An der Öffentlichen Veranstaltung des Verbandes zum Thema: „Abitur = Studienberechtigung = Studierfähigkeit?“ nahmen zahlreiche Gäste aus der Politik, verschiedenen Gremien und Organisationen teil. Erstmals seit über zwanzig Jahren war kein Mitglied der aktuellen Leitung des Bildungsministeriums anwesend.

Mit seinem brillanten und ebenso informativen wie kurzweiligen Vortrag „Qualität statt Quote – Leistung statt Verwöhnung – Inhalte statt Kompetenzen: Wie wir uns ein Gymnasium der Zukunft vorstellen“ sprach Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), den Thüringer Philologen aus der Seele.

Noteninflation und Studierfähigkeit

Heike Schimke wies nachdrücklich darauf hin, dass es aufgrund der Noteninflation an



Der neu gewählte Vorstand des Thüringer Philologenverbandes: Sven Luther, Ute Fischer-Salzwedel, Ines Musch, Heike Schimke, Heiko Krüger, Thilo Hess, Erik Onnen und Thomas Gaßmann (von links).

deutschen Gymnasien immer mehr Abiturienten gibt, die zwar die Studienberechtigung, jedoch keine Studierfähigkeit besitzen. Die Lehrplanüberarbeitungen in den deutschen Bundesländern führten tendenziell zu einer Verringerung der Anforderungen und damit zu einer Abwertung der Noten und der Abschlüsse. Dies war leider nicht nur bei den Gymnasien, sondern in allen Schularten zu verzeichnen.

Die Philologen stellten auf ihrem Vertretertag klare Trends fest:

1. Die Ansprüche an Schülerinnen und Schüler haben sich geändert.

2. Auch hinter sehr guten Noten stehen heute nicht mehr automatisch sehr gute Leistungen.

3. Die Abbrecherquoten in Studiengängen haben zugenommen.

4. Das Abitur als Abschluss hat eine Abwertung erfahren. Das zeigt sich unter anderem auch darin, dass immer mehr Universitäten und Hochschulen Eingangstests vor dem Zugang zu bestimmten Studiengängen setzen.

Die in Thüringen geplante Inklusion nahezu aller Kinder mit Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen birgt die Ge-

fahr, diese Trends zu verstärken. Die Philologen plädieren daher für eine gemäßigte Inklusion, die weder die inkludierten noch die anderen Schüler benachteiligt, die Kolleginnen und Kollegen nicht überfordert und das Niveau des Unterrichts insgesamt nicht senkt.

Die Vorsitzende Heike Schimke und die stellvertretende Vorsitzende Ines Musch wurden in ihrem Amt bestätigt. In den geschäftsführenden Vorstand wurden außerdem Thomas Gaßmann (Schatzmeister), Ute Fischer-Salzwedel, Thilo Hess, Heiko Krüger, Sven Luther und Erik Onnen (Beisitzer) gewählt.

Erik Onnen

komba gewerkschaft:

Gewerkschaftstag bestätigt Thüringerin

Die komba gewerkschaft hat auf ihrem Bundesgewerkschaftstag am 15. und 16. September in Berlin ihre Bundesleitung für die nächsten fünf Jahre gewählt.

Mareike Klostermann wurde dabei als stellvertretende Bundesvorsitzende der komba bestätigt. Aus Thüringer Sicht ist

dieses besonders erfreulich. Mareike ist zugleich stellvertretende Landesvorsitzende des tbb beamtenbund und

tarifunion thüringen und Vorsitzende der dbb jugend thüringen.

„Wir gratulieren zu dieser Wahl und freuen uns über die Anerkennung, die ihr damit die Delegierten des Bundesgewerkschaftstages ausgesprochen haben“, sagte



Mareike Klostermann

der tbb Vorsitzende Helmut Liebermann.

Die komba ist die Fachgewerkschaft zur Vertretung der Inte-

ressen von Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen, ihren privatisierten Dienstleistungsunternehmen und der entspre-

chend im Landesdienst Tätigen gegenüber Politik und Arbeitgebern, Mitgliedsgewerkschaft im Dachverband dbb beamtenbund und tarif-

union. Der Gewerkschaftstag ist das höchste Gremium der komba gewerkschaft. Er tagte unter dem Motto „Kommunen im Wandel“ in Berlin. ■

Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform: Hoff sagt Beteiligung zu

Am 5. September 2016 fand ein Folgetreffen zum Spitzengespräch vom 18. August des tbb Vorsitzenden Helmut Liebermann mit dem Chef der Staatskanzlei und Thüringer Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, in der Thüringer Staatskanzlei statt.



© Thüringer Staatskanzlei

> Staatskanzleiminister Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

Der Minister teilte mit, dass die Landesregierung dem Anliegen von tbb und DGB aufgeschlossen gegenübersteht,

die personellen Regelungen zur Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform (VKGR) nicht tarifvertraglich, sondern

in einem Personalüberleitungsgesetz zu regeln. Details dazu, auch die Beantwortung der Frage, was überhaupt gesetzlich geregelt werden soll, sollten in einer Arbeitsgruppe beraten werden. Einer solchen Arbeitsgruppe müssten sinnvollerweise Vertreterinnen und Vertreter des tbb, des DGB Thüringen, der Thüringer Staatskanzlei, des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie des Thüringer Finanzministeriums angehören.

Das am 18. August bereits vorgetragene Anliegen der Änderung der Beteiligungsvereinbarung zwischen Landesregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden zur Erweiterung der Einflussmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Spitzenverbände greift die Landesregierung insoweit auf. Minister Hoff teilte mit, dass die von der tbb Kommission Dienstrecht erarbeiteten Änderungsforderungen durch die Landesregierung geprüft würden.

Für die Landesregierung sei es jetzt wichtig, die Forderungen der Gewerkschaften im Detail zu kennen, die im Zusammenhang mit der VKGR erhoben werden. Hierzu wird die interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG, bestehend aus den Staatssekretärinnen/ Staatssekretären aller Ressorts) eine Sitzung durchführen, zu der tbb und DGB eingeladen werden.

Hoff sagte zu, dem Landeshauptvorstand des tbb in seiner Sitzung am 27. und 28. Oktober in Weimar persönlich wesentliche aktuelle Überlegungen der IMAG darzulegen, kritische Fragen entgegenzunehmen und zu beantworten. Die Landesregierung sei willens, die Beteiligung der Beschäftigten vor allem durch Umsetzung des Prinzips der frühzeitigen und umfassenden Beteiligung der Spitzenverbände und der Personalräte zu gewährleisten.

Helmut Liebermann

> tbb fragt nach

Nachhaltigkeitsmodell des TFM

Thüringens Finanzministerin Heike Taubert schlägt mit dem „Nachhaltigkeitsmodell“ einen finanzpolitischen Kurswechsel vor. Damit das Land die Beamtenpensionen auch in Zukunft stemmen könne, wolle Thüringen jetzt extra dafür Schulden tilgen. Die eingesparten Zinsen würden dem Land später finanzielle Spielräume für sei-

ne Pensionsverpflichtungen und heute den Wiedereinstieg in die Verbeamtung von Lehrern ermöglichen. Lesen Sie mehr dazu im tbb-konkret: Nachhaltigkeitsmodell des TFM (PDF).

Im Bild: Birgit Drischmann und Helmut Liebermann mit Finanzministerin Heike Taubert.



© tbb

Landesfrauenrat:

Rentensituation für Frauen verbessern

Auf der 40. Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Thüringen e. V. wurde am 3. September 2016 ein neuer Vorstand gewählt.



> Ines Schatz

Kommunalpolitik zu gewinnen und wird dieses Thema auch zukünftig in seine Arbeit einfließen lassen. Des Weiteren wurden eine geänderte Satzung sowie eine geänderte Geschäftsordnung der Geschäftsführung des Landesfrauenrates einstimmig beschlossen.

Der Landesfrauenrat Thüringen e. V. ist eine Lobbyorganisation für fast 250 000 Frauen in ganz Thüringen und setzt sich aktiv für die rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung und gleiche Verwirklichungschancen für Frauen und Männer ein.

Der Landesfrauenrat beschäftigte sich mit insgesamt drei Anträgen. Es wurden Anträge zur Verbesserung der rentenrechtlichen Situation der vor 1992 im Beitrittsgebiet Geschiedenen, zur Durchführung einer Kampagne zu den bevorstehenden Thüringer Wahlen 2018 und 2019 sowie zur Zusammensetzung der Jury für den KAIROS Kommunikationspreis beraten.

Die Delegiertenversammlung plädiert für die Unterstützung der vor 1992 im Beitrittsgebiet Geschiedenen. Ziel ist eine Verbesserung der rentenrechtlichen Situation der Betroffenen, um Altersarmut entgegenzuwirken. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Landesfrauenrat wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, Frauen verstärkt für die

komba Mitglied und Beisitzerin in der tbb frauenvertretung, Ines Schatz, wurde auch in den Landesfrauenrat als Beisitzerin gewählt. Der tbb gratuliert und wünscht für die Arbeit viel Erfolg und Spaß im Ehrenamt.

Als Vorsitzende wurde Ilona Helena Eisner zum zweiten Mal einstimmig im Amt bestätigt. Dem Vorstand gehören außerdem an: Andrea Wagner, LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Thüringen, als stellvertretende Vorsitzende, Julia Hohmann, DER PARITÄTISCHE Thüringen, als Schatzmeisterin sowie Elke Heydrich, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Thüringen, Ina Wäßerling, ZONTA Club Erfurt, sowie Kerstin Kloß, SoVD Landesverband Thüringen, als zweite Beisitzerin.

tbb Geschäftsstelle

